

Macht und Eigentum

Einleitung

Die Zeit ist gekommen, die Fragen von Macht und Eigentum auf die Agenda zu setzen!

In der schwedischen Gesellschaft sind Macht und Eigentum immer noch ungerecht verteilt und die ökonomische Macht konzentriert sich bei einer Minderheit. Macht und Einfluss sind vom unserem gemeinschaftlichen Sektor in den privaten Sektor verlagert worden, also von einem demokratischen Sektor, der dem allgemeinen Interesse verpflichtet war, zu einem privaten Sektor, der von eigensüchtigen Interessen regiert ist. Im Vergleich zum „Markt“ ist die Reichweite politischen Handelns geschrumpft. Macht ist von der Arbeit zum Kapital gewandert. Dieser Prozess gipfelt in einer Einschränkung der Demokratie. Daher ist die linke Bewegung herausgefordert, sich in ihrer Analyse und Politik der Fragen der Globalisierung, des Feminismus und der Ökologie in einem ersten Schritt auf die Fragen des Eigentums zu konzentrieren.

Eine zentrale Frage ist, welche linke Strategie notwendig ist, um diese Machtkonzentration zu brechen. Was kann im nationalen Maßstab getan werden um Gegenmächte aufzubauen? Welche Strategie ist belastungsfähig?

Das strategische Ziel ist eine ökonomische Demokratie, in der alle die Produktion und Wirtschaft real beeinflussen und in der alle wirkliche Macht über ihre Arbeit und ihr Alltagsleben ausüben können. Das setzt eine Veränderung der gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse voraus.

Eine moderne sozialistische Strategie muss auf einer Bewegung von unten und einem breiten Spektrum kollektiver Eigentumsformen aufbauen. Das übergreifende strategische Ziel ist die allmähliche Ausweitung des gemeinschaftlichen, demokratischen Eigentums zu Lasten des Privateigentums so dass der zentrale Sektor der Ökonomie demokratisiert wird und in gemeinschaftliches Eigentum übergeht. Da der Kapitalismus global ist, muss die Linke sozialistische Gegenmacht auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene aufbauen.

Die Linke und eine vereinte Arbeiterbewegung muss eine Offensive werden gegen eine Entwicklung, die Ungleichheit hervorbringt und die Unterschiede zwischen den Menschen vertieft. Die Zeit ist gekommen, um eine breite Debatte über Wirtschaftsdemokratie zu führen. Wir wollen zu dieser Debatte beitragen.

Eigentum als Strategie

Eigentum macht Macht

Wir sind Sozialisten und Feministinnen.

Unser Ziel ist die Verwirklichung eines demokratischen ökonomischen und politischen Systems und eine Gesellschaft, die wirkliche Einflussnahme und wirkliche Gleichheit ermöglicht.

Wir wollen die Demokratie auf allen Bereichen der Gesellschaft ausdehnen. In Schweden gibt es viele Kanäle der Ermächtigung und Einflussnahme. Sie wurden praktisch zum Beispiel durch die Freiheit der Rede und Organisation, durch unsere zivilen Organisationen die Einfluss auf die Arbeit und das Alltagsleben haben, durch eine anti-monopolistische und Arbeitsgesetzgebung, welche die Macht des Kapitals reduziert. In diesem

Dokument geht es um die Entwicklung einer Strategie, mit der die Eigentumsmacht des Kapitals herausgefordert wird.

Die Grundlage des Marxismus ist sein Fokus auf die Eigentumsverhältnisse und die entscheidenden Wirkungen, welche diese Verhältnisse auf alle Konstellationen der Gesellschaft hat. Die Mächte der Produktion und des Eigentums konstituieren gemeinsam mit anderen produktionsbezogenen Beziehungen die materielle und ökonomische Basis für die grundsätzlichen Machtbeziehungen, die Politik, Kultur und Ideologie prägen. Der gemeinsame Nenner aller gesellschaftlichen Beziehungen ist die Tatsache, dass die maßgebliche gesellschaftliche Macht bei jenen liegt, welche die Mittel der Produktion besitzen und sie kontrollieren. Jene, die Unternehmen, Kapital und Produktionsmittel besitzen – und es sind nur wenige, die daraus Macht und Gewinn ziehen – kontrollieren ein Produktionssystem, das dafür entworfen ist, die Bedürfnisse aller zu befriedigen. Der Marxismus beschreibt diese ungleiche Beziehung als eine Klassenteilung, in der jene, die besitzen und verfügen, die machtausübende Bourgeoisie und jene, die kein Eigentum haben und für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen die untergeordnete Arbeiterklasse bilden.

Es gibt eine weitere Gruppe oder Ebene in der Gesellschaft, die schwer in dieses Klassensystem einzufügen ist. Parallel zu dem gegenwärtigen Machtsystem existiert ein patriarchales Machtsystem. Doch auch wenn die patriarchale Macht „ihre eigene materielle Basis in der Reproduktion hat“, ist die systematische Unterordnung der Frauen im Eigentums- und damit Machtsystem offensichtlich. Frauen haben weniger Eigentum als Männer und eine größere Zahl von ihnen ist als Lohnarbeiterin tätig. Der Kapitalismus und die Gesellschaft verändern sich ständig und diese Veränderungen sind mit dem Patriarchat verknüpft, das wiederum die Natur der Klassenspaltung berührt. Beispielsweise konnten wir beobachten, wie mit der Ausdehnung des öffentlichen Sektors zunehmend Frauen in die erwerbstä-

tige Bevölkerung einbezogen wurden, sie zugleich aber auf das untere Ende des Klassensystems platziert wurden. Wir können gleichzeitig sehen, dass viele Verwaltungsberufe zunehmend proletarisiert werden. Gleichwohl bleibt der Grundkonflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten und kann nur durch die Überwindung des Kapitalismus gelöst werden.

Eigentum verändert sich

Das Eigentum in der schwedischen Wirtschaft hat sich verändert. Im Vergleich zu Individualeigentümern haben Ausländer und institutionelle Eigentümer ihren Anteil am Wert des Handels an der Stockholmer Börse vergrößert. Im Jahr 2001 hielten schwedische und ausländische institutionelle Eigentümer mehr als 25 % der Anteile der ersten 100 Firmen. Vergleichen mit den alten kapitalistischen Familien beanspruchen diese institutionellen Anleger raschere Profite. Für sie ist der Börsenwert wichtiger als langfristige Investitionen.

Der schwedische Kapitalismus ist international. Über einen langen Zeitraum waren die Auslandsinvestitionen schwedischer Firmen beträchtlich größer als ausländische Investitionen in Schweden. In den 1990er Jahren stiegen beide stark an, wobei Fusionen und Aufkäufe – wie ABB, Astra Zeneca und Ford-Volvo – dominierten. Die Beschäftigtenzahl in schwedischen Firmen, die mindestens zur Hälfte Ausländern gehörten, verdoppelte sich in dieser Zeit und lag im Jahr 2000 bei 450 000.

Einige der Firmen im ausländischen Besitz haben sich stark in Schweden engagiert. Andere reduzierten ihre Aktivitäten beträchtlich, wobei die Nationalität der Muttergesellschaft solche Entscheidungen über Reduzierungen beeinflusst haben mögen. Sogar der Erwerb ausländischer Firmen durch schwedische Unternehmen war beträchtlich in diesem Jahrzehnt. Der schwedische Binnenmarkt ist klein, weshalb Firmen nach neuen Märkten suchen.

Im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Handels und den Eigentumsverknüpfungen wurden die Rechtsformen des Eigentums harmonisiert, entweder über die Europäische Union oder in Bezug auf die restliche Welt. Die Regelungen für Eigentum, Wettbewerb und Handel werden zunehmend global.

Auch die modernen Produktivkräfte ändern den strategischen Kontext. Die moderne Telekommunikation und die Medien sind grenzenlos.

Wir machen unsere eigene Geschichte, aber wir machen sie nicht unter selbstgewählten Bedingungen. Hier möchten wir zum Beispiel die Begrenzungen der Demokratie hervorheben, die unser kapitalistisches Wirtschaftssystem per definitionem impliziert. Eine weitreichende Demokratisierung setzt eine weitreichende Veränderung der Macht- und Eigentumsbeziehungen voraus.

Welche gesellschaftlichen Veränderungen in einem bestimmten Moment möglich sind, wird von vielen Faktoren bestimmt. Wenn Reformen legitim sein sollen, dann müssen sie eine breite Mehrheitsunterstützung bekommen. Aber das ist nicht genug. Tiefe politische, soziale und ökonomische Veränderungen korrespondieren mit der Ausbildung unserer gemeinsamen Fähigkeiten, unsere gesellschaftlichen Verhältnisse zu produzieren und zu reproduzieren, also unserer produktiven Kräfte. Diese Beziehung bildet die Grundlage der Geschichte, sie ist aber nicht unabhängig von politischen und ökonomischen Kräften. Sie umschreibt, was möglich ist und bestimmt den Inhalt des politischen Kampfes.

Im Kapitalismus sind die einzelnen Ökonomien national wie international mehr und mehr miteinander verknüpft. Zugleich führt das Privateigentum zu einer kurzatmigen Jagd nach Profiten, so dass in einem Viertel-Dollar-Kapitalismus die Börsenbewertungen wichtiger werden als die Entwicklung der Produktion. Auch das unterstreicht, wie notwendig eine gesellschaftli-

che und demokratische Kontrolle der Wirtschaft und ihre Koordination ist. Eine hoch entwickelte Wirtschaft benötigt eine qualifizierte Arbeitskraft. Wissen wird immer wichtiger und ist eine Produktivkraft, die schwer zu kontrollieren ist. Dies mag die Position der Seite der Arbeit stärken und den Weg für eine Demokratisierung von unten ebnen.

Der Aufstieg eines gemeinschaftlich finanzierten öffentlichen Sektors ist ein weiteres Indiz einer solchen Demokratisierung; ebenso wie eine bedürfnisbezogene Produktion gehört ihm die Zukunft. Freilich können wir nicht im Vorhinein wissen, wann und in welchen Formen die Entwicklung der Produktivkräfte und der Kampf der Menschen für Demokratie und Gerechtigkeit den Raum für veränderte Eigentums- und Machtverhältnisse schaffen werden.

Eigentumsformen: einige Konzepte

Um unsere Position zur Frage des Eigentums entwickeln zu können, müssen wir vorweg einige Konzepte definieren. Eine nachvollziehbare Bestimmung gesellschaftlichen Eigentums schließt Staatseigentum auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ein. Diese Formen ließen sich im Konzept des öffentlichen Eigentums (public ownership) zusammenbinden.

Zusätzlich zum Konzept des gesellschaftlichen Eigentums (social ownership) haben wir die Konzepte des Kollektiveigentums (collective ownership) und des Gemeineigentums (common ownership). Beide schließen Formen gesellschaftlichen bzw. öffentlichen Eigentums ein, sind aber umfangreicher: sie haben auch Raum für verschiedene Formen des Arbeitereigentums (worker ownership), des genossenschaftlichen Eigentums (co-operative ownership) und des gewerkschaftlichen Eigentums (trade union ownership).

Im Zeichen des Wachstums von Investment-, Rentenfonds etc. hat das Privateigentum an Produktionsmitteln zunehmend die Form des kollektiven oder institutionellen Eigentums angenommen. Es wird behauptet, dass auf diese Weise Eigentum auch für breite Volksschichten erschlossen wurde. Tatsächlich haben sich Eigentumsverhältnisse verändert und das institutionelle Eigentum ist gewachsen. Aber wenn es um wirkliche Macht geht: sie ist in einer begrenzten Anzahl kapitalistischer Gruppen konzentriert, welche die Mehrheit der Anteile hält und kontrolliert. Die breite Mehrheit der kleinen Anteilseigner hat weiterhin keine wirkliche Macht und keinen wirklichen Einfluss.

Die Formen institutionellen Anlageeigentums (von Versicherungsunternehmen, Investmentfirmen, Rentenfonds usw.) sind insofern undemokratisch, als sie nicht dem Prinzip „eine Person – eine Stimme“ folgen. Stattdessen richten sich die Stimmrechte nach der Menge gehaltener Anteile und die großen Anteilseigner ernennen den Vorstand. Und wenn große schwedische Rentenfonds wie AMF und Alecta erst gar nicht nach dem Einfluss der Eigentümer fragen, wenn sie Vorstandssitze einnehmen, dann werden privatkapitalistische Interessen noch mehr gestärkt.

Wenn Banken und Versicherungsunternehmen Investmentfirmen bilden, sind es nicht die Tausenden kleiner Sparer, welche die Macht haben, Vertreter in deren Aufsichtsgremien zu entsenden, sondern es sind oftmals nur ein paar Personen aus dem Kreis der Großeigentümer der Banken oder Versicherungsunternehmen.

Das bedeutet, dass das gegenwärtig existierende institutionelle Eigentum nicht im Widerspruch zum Privateigentum steht – es ist eine Form privaten Eigentums. Sein Gegensatz ist Gemeineigentum, das nach dem demokratischen Prinzip „one person – one vote“ organisiert ist. Die unaufhörliche Jagd nach größeren Profiten zwingt das Kapital, Monopolstellungen anzustreben indem es Konkurrenten beseitigt und sich mit ihnen zusam-

menschließt. Die Kapitaleigentümer modellieren diese Monopole nach ihrem Bedürfnis der Profitvergrößerung. Es gibt keinen freien Markt im Kapitalismus.

Wir können daher festhalten, dass Eigentumsbeziehungen und -formen nicht statisch, sondern variabel sind und dass Privateigentum und die Macht über die Produktionsmittel immer noch die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise sind.

Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus

Eine kapitalistische Gesellschaft ist unvereinbar mit einer demokratischen Wirtschaft. Die Produktion sollte von den Bedürfnissen der Menschen geleitet werden und nicht von den kurzfristigen Profitinteressen der Kapitaleigner und Investoren. Allen Menschen sollten die gleiche Wertschätzung und die gleichen Chancen zukommen und die Gesellschaft sollte es jedermann möglich machen, einen wirklichen Einfluss auszuüben. Die politische Demokratie beruht auf dem Prinzip, dass jeder Bürger und jede Bürgerin eine Stimme hat. In einer demokratischen Wirtschaft wird dieses Prinzip auf das Gebiet der Ökonomie erweitert.

Da Eigentum und Macht aufs engste ineinander verwoben sind, muss in einer wirklichen Demokratie – und das ist der demokratische Sozialismus – der größte Teil der Wirtschaft Gemeineigentum sein. Besonders wichtig ist, dass die großen Firmen, welche die wahre Macht besitzen, in gemeinschaftlichem Besitz sind und demokratisch kontrolliert werden. Das ist ein langfristiges Ziel. Sozialismus bedeutet Abschaffung des Kapitalismus und dieses Ziel muss im internationalen Maßstab erfolgen.

Die Geschichte hat klar erwiesen, dass gesellschaftliches Eigentum keine hinreichende Bedingung für die Ausbildung eines demokratischen Sozialismus ist. Der „reale Sozialismus“ des Ostens war ein warnendes Beispiel.

Gesellschaftliches Eigentum (alle Formen von Gemeineigentum) muss mit einer demokratischen Organisationsform kombiniert werden. Gemeineigentum ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Das bedeutet, dass unsere Strategie, die Macht des großen Finanzkapitals zu brechen und das Eigentum zu demokratisieren auf einer breiten und kollektiven Mobilisierung aufbauen muss. Um erfolgreich sein zu können, muss der Kampf für eine demokratische Ökonomie unterstützt werden durch eine breite und aktive gewerkschaftliche und politische Bewegung.

Wirtschaftsdemokratie beinhaltet zwei zentrale Perspektiven: eine übergreifende strukturelle Perspektive, bei der es um Eigentum und die Kontrolle der Produktionsmittel geht; und eine starke Perspektive von unten, bei der es um demokratische Organisation, Selbstregierung (self-governance) und Einfluss geht.

Eine Strategie der Ermächtigung und des Einflusses

Über einen langen Zeitraum hinweg ist der Anteil des Gemeineigentums im Vergleich zum Privateigentum reduziert worden. Heutzutage ist etwa drei Viertel der schwedischen Wirtschaft Privateigentum und ein Viertel ist Gemeineigentum. Das Gemeineigentum wird von gesellschaftlichem Eigentum dominiert, während genossenschaftliche Eigentumsformen und Arbeitereigentum nur einen kleinen Anteil ausmachen. Das gesellschaftliche Eigentum seinerseits wird vom Staatseigentum dominiert.

Staatliches und kommunales Eigentum, Genossenschafts- und Arbeitereigentum sind alles Beispiele für Gemeineigentum und daher ein natürlicher Bestandteil einer sozialistischen Strategie.

Wie steht es dann um das Kleineigentum? Kleine Firmen, in denen der Eigentümer selbst die grundlegende Arbeit macht, bilden oft eine gute und innovative Unternehmensform, welche die Wirtschaft dynamisiert. Gleich-

wohl kann ein hoher Anteil von Kleinunternehmen ein Zeichen für Armut und schwache öffentliche Strukturen sein, wo die Menschen gezwungen sind, selbst ein Geschäft aufzumachen, um leben zu können. Ebenso wenig können Kleinunternehmen in einer kapitalistischen Ordnung die Basis einer demokratischen Wirtschaft bilden.

Wir treten für Kleinunternehmen als Ergänzung von Gemeineigentum ein. Kleinunternehmen, die sich sozial und ökologisch verantwortlich verhalten und gute, gesunde Arbeitsbedingungen gewährleisten tragen bei zu ökonomischem Wachstum.

Wenn demokratische Verhältnisse auf die Wirtschaft ausgedehnt werden soll, dann muss das Gemeineigentum dominieren. Daher läuft unsere Strategie darauf hinaus, das Gemeineigentum im Vergleich zum Privateigentum zu stärken. Dieser Grundsatz prägt unsere Politik gegenüber dem Staatseigentum, dem kommunalen und genossenschaftlichen Eigentum und dem Arbeitereigentum, damit wir unserem langfristigen Ziel näher kommen – der Wirtschaftsdemokratie und dem Sozialismus.

Staatseigentum

Damals und Heute

Im Lauf der Zeit finden sich in Schweden unterschiedliche Begründungen für das Staatseigentum (government ownership). Für die Arbeiterbewegung war eine wichtige Rechtfertigung, dass das Staatseigentum als ein Gegengewicht zum Großkapital und als Versicherung gegen Marktversagen angesehen wurde. Aber es haben auch nichtideologische Motive eine zentrale Rolle gespielt – etwa die Kontrolle grundlegender nationaler Ressourcen, sicherheitspolitische Aspekte, die Forderung nach Handlungsrationen

onalität im Gefolge ökonomischer Umbau- oder Rationalisierungsprozesse etc.

Dank den auf Kernaktivitäten und Rationalisierungseffekte gerichteten Privatisierungen hat sich in den 1990er Jahren der Sektor des Staatseigentums beträchtlich geändert. Es sind gerade die Privatisierungen gewesen, die den Regierungseinfluss stark reduziert haben. Insgesamt ist dieser Sektor in den 90ern auf rund zwei Drittel reduziert worden. Gleichwohl ist der Staat weiterhin der größte Unternehmenseigentümer in Schweden.

Gesellschaftliche Interessen versus Profitinteressen

Die Forderungen nach „Businessorientierung“ wurden intensiviert und heutzutage ist Wertsteigerung das übergreifende Ziel für alle Regierungsunternehmen, d.h. „akzeptable Gewinne aus dem Staatskapital zu ziehen“ und ein „effizientes Management“. Dies „stellt das Wachstums des Anlagewerts mehr in den Mittelpunkt als übergreifende Absichten oder Ziele des Eigentümers“ (so ein Regierungsdokument).

Warum Staatseigentum?

Unternehmen im Staatsbesitz mögen als Monopolisten oder unter Konkurrenz agieren, aber das Allgemeininteresse muss immer die Grundlage des Staatseigentums sein. Für manche seiner Unternehmen kann der Staat eine geringere Profitabilität akzeptieren, als sie für privatkapitalistische Unternehmen akzeptabel wäre. Zum Beispiel kann der Eigentümer eine nationale Versorgung mit Post, Diensten der Telekommunikation, Strom etc. vorsehen. Jenseits solcher Dienste, die aus politischen oder sozialen Gründen über Steuern finanziert werden, sollen Firmen Profite für ihre eigenen Zwecke erwirtschaften. Jede gesellschaftliche Entwicklung auch in einer sozialistischen Gesellschaft setzt die Schaffung eines Mehrwerts vor-

aus, der in neue Technologien, Forschung und strategische Investitionen umgesetzt werden kann.

Staatliche Unternehmen gehören dem Volk. Anstelle von Anteilseignern, welche die entscheidende Macht haben, entscheiden hier in letzter Instanz demokratisch gewählte Vertreter. Wenn das Staatseigentum zugunsten des Privateigentums reduziert wird, dann werden Macht und Einfluss von einem demokratisch kontrollierten Sektor zu einem Bereich transferiert, der durch große Shareholders kontrolliert wird.

Deshalb sind das Staatseigentum und der öffentliche Sektor als Ganzes ein Gegengewicht zur Macht des Großkapitals. In einer sozialistischen Strategie spielt das Eigentum eine Schlüsselrolle, es muss aber mit demokratischer Organisation kombiniert werden. Und es sollte in der Summe das Interesse der Allgemeinheit begünstigen.

Was sollte dem Staat gehören?

Verglichen mit dem Privateigentum erschließt das gemeinschaftliche, staatliche Eigentum einzigartige Möglichkeiten. Dem Staat sollten Firmen gehören, die wichtige Strukturen in der Wirtschaft bilden – Strukturen, die ihrerseits Bedingungen für eine verantwortliche gesellschaftliche Entwicklung schaffen und die ein Gegengewicht zur privaten Kapitalmacht bilden. Das heißt es sollte eine nationalstaatliche Verantwortung für jene Aktivitäten existieren, die innerhalb der Ökonomie eine grundlegenden Finanzstruktur konstituieren (ein demokratisch organisierter Bank- und Kreditsektor, eine demokratisch organisierte Börse), für das Transportwesen, Kommunikation, Energieinfrastrukturen, für Gesundheit und für eine öffentliche mediale Grundversorgung.

Es ist auch wichtig, dass der Staat strategisch relevante Naturressourcen kontrolliert.

In einer anderen Perspektive sollten dem Staat Unternehmen gehören, deren Aktivitäten sich aus unterschiedlichen Gründen nicht für privates Eigentum eignen. Das können Aktivitäten im öffentlichen Interesse sein, die über den Markt nicht ausreichend realisiert werden können. Das können auch Aktivitäten sein, bei denen Staatseigentum und demokratische Kontrolle Faktoren sind, die mit Gründen gesellschaftlicher Verantwortlichkeit und Gerechtigkeit motiviert werden. Schwedische Beispiele sind Systembolaget AB und Apotekbolaget AB im Bereich der Verteilung von Alkohol bzw. Pharmazeutika.

Linke Politik, kurz- und langfristig

Erweiterung des Anteils an Gemeineigentum

Gemeineigentum schließt Staatseigentum ein. Da durch das Gemeineigentum eo ipso Teile der Wirtschaft gegen kurzfristige private Kapitalinteressen abgesichert werden, ist es strategisch relevant, das Gemeineigentum in zentralen Feldern nicht nur zu sichern sondern auch zu erweitern.

Gleichwohl muss es möglich sein, das Staatseigentum zu verändern, dass es substantielleren Charakter annimmt.

Jedes Staatsunternehmen sollte eine vom Parlament etablierte Strategie haben.

Wir sind der Meinung, dass jedes staatliche Unternehmen eine Unternehmensstrategie haben sollte, die vom Parlament etabliert wurde, welche die Motive für das Staatseigentum definiert und die der Leitfaden für den Aufsichtsrat sowie die Versammlung der Anteilseigner ist. Das Parlament sollte Aufsichtsräte benennen, die vom Kabinett vorgeschlagen werden und Mitglieder des Parlaments sollten auf diesen Versammlungen eine aktive Rolle spielen.

Die Strategie des Eigentums sollte immer auf das öffentliche Interesse fokussiert sein.

Die Strategie des Eigentums sollte immer auf das öffentliche Interesse fokussiert sein und die Aktivitäten der Unternehmen in Staatsbesitz sollte kontinuierlich beobachtet und bewertet werden. Wenn wichtige gesellschaftliche Interessen nicht beachtet werden, muss die Eigentumsstrategie geändert werden. Auf Maximalprofite abzielen reduziert die Möglichkeiten der staatlichen Unternehmen qualitative Ziele zu erreichen. Alle Firmen sollten effizient operieren, aber wenn wichtige gesellschaftliche Interessen Profitansprüchen widersprechen, sollten die strategischen Zielsetzungen revidiert werden.

Jedes Unternehmen, das dem Staat gehört, sollte regionalpolitische Ziele verfolgen.

Der Staat und somit auch die staatlichen Unternehmen sind dafür verantwortlich, für eine umfassende Entwicklung im nationalen Maßstab beizutragen. Staatliche Unternehmen müssen keine „Inseln des Staates“ in der lokalen Gesellschaft sein, aber sie sollte entsprechend regionaler Entwicklungsziele tätig sein, welche das Parlament und die Regierung festgelegt haben. Jedes Staatsunternehmen sollte eine Abteilung für externe Beziehungen haben, welche für seine Verankerung in der lokalen Gesellschaft steht. Unternehmerische Aktivitäten wie Ausbildung, Forschung, Umweltschutz etc. sollten bewusst auch unter dem Blickwinkel regionaler politischer Ziele eingerichtet werden.

Der Staat sollte aktiv sein Engagement in solchen Aktivitäten ausweiten, die Teil wesentlicher öffentlicher Strukturen sind.

Staatseigentum und staatliche Kontrolle auf Gebieten wie Energie, technische Infrastruktur, Finanzen, Gesundheit und strategische Naturressourcen sollten schrittweise ausgedehnt werden.

Der Staat solle offensiv neue Unternehmen entwickeln, die in wichtigen Industriezweigen als „Speerspitzen“ wirksam sein können.

Staatseigentum gibt einzigartige Möglichkeiten zur Unterstützung fortgeschrittener technologischer Entwicklung und Innovation und damit zur verantwortlichen Gestaltung langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen. Der Staat sollte zentrale strategische Kompetenzen entwickeln um neue öffentliche Unternehmen zu etablieren, die in Industriezweigen wie Pharmazie oder Umwelttechnik als „Speerspitzen“ operieren können.

Einrichtung von Versammlungen der Anteilseigner

Wir wollen auch die Mitwirkung der Zivilgesellschaft ausweiten, indem wir Versammlungen der „Volkseigentümer“ institutionalisieren. Das würde bedeuten, dass der wirkliche Eigentümer, d.h. die Allgemeinheit, aufgefordert wird, Versammlungen von Anteilseignern durchzuführen, auf denen sie Informationen über die Unternehmensaktivitäten erhalten, Befragungen durchführen, die Wirtschaftslage und die Zielsetzungen diskutieren können etc.

Staatliche Unternehmen sollten vorbildliche Arbeitgeber sein

Alle Unternehmen, die im öffentlichen Besitz sind, sollten vorbildliche Arbeitgeber sein. Das bedeutet dass sie vor allem beispielhaft sein sollten in Bezug auf die Arbeitsbedingungen und die Einflussmöglichkeiten der Arbeiter. In Übereinstimmung mit den übergreifenden Unternehmenszielen sollten die Arbeiter eine möglichst große Macht über die alltäglichen Aktivitäten ausüben können.

Alle öffentlichen Unternehmen sollten aktiv und systematisch gegen Diskriminierung und für Geschlechtergleichheit und ethnische Vielfalt tätig werden. Sie sollten gute Planungen für soziale Gleichheit („equality plans“) haben, die klare Ziele für die Beseitigung diskriminierender Frauenlöhne und für die Verwirklichung einer gerechten Geschlechterrepräsentanz auf allen Ebenen beinhalten. Und Pläne der sozialen Differenziertheit („variety plans“) sollten bewusste Anstrengungen zur Gewinnung ausländischer Arbeitnehmer bezeugen.

Alle öffentlichen Unternehmen sollten auch ein Beispiel sein, wenn es Fragen der Umwelt inner- und außerhalb des Betriebes geht. Ihre Produktion sollte auf eine nachhaltige Ökonomie gerichtet sein. Innerhalb des Betriebes sollten die Prinzipien des Recyclings und der ökologischen Verantwortlichkeit charakteristisch sein.

Kommunale und regionale Politik

Einleitung

Die Kernstücke der schwedischen Sozialstaatspolitik waren Vollbeschäftigung, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ein ausgeweiteter öffentlicher Sektor. Zu ihr gehören ein System der allgemeinen sozialen Sicherung und der wechselseitig finanzierten und öffentlich bereit gestellten Dienste. Dieses schwedische Modell schloss Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Gleichheit ein. Wichtig ist, dass es Frauen größere Chancen für wirtschaftliche Unabhängigkeit gegeben hat.

Dieses Modell der allgemeinen Wohlfahrt ist in mehrfacher Hinsicht geschwächt worden. Die Kürzungen der 90er Jahre sind nicht wieder ausgeglichen worden, so dass die Qualität nicht selten nachgelassen hat, Stress und Erschöpfung sich noch mehr ausgedehnt haben, dass weniger Menschen mit Sorgfalt und Professionalität arbeiten wollen, dass Produzenten und Konsumenten es oft schwer haben, den Zuschnitt Aktivitäten zu beeinflussen. Privatisierungen und Konkurrenz dehnen sich aus und die Marktkräfte bekommen ein größeres Gewicht.

Wir verteidigen das Prinzip der Arbeiterklasse eines gemeinschaftlichen („common“) und solidarischen („mutual“) Sektors, der durch progressive Besteuerung von Bürgern und Unternehmen finanziert wird. Das Grundprinzip sollte sein: „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Privatisierung wird ein Problem, wenn Entwicklungen von den Bedürfnissen der Menschen oder von ihrer Kaufkraft bestimmt werden sollten. Wer sollte einen expandierenden Wirtschaftssektor dominieren? Wir lehnen diese Philosophen des Marktes ab, die Kinder, Studierende und ältere Menschen zu Klienten eines Dienstleistungsmarktes machen. Unser politisches Ziel ist die Sicherung und Weiterentwicklung eines starken, gegenseitig finanzierten öffentlichen Sektors. Wir wollen erreichen, dass die Fürsorge und Bildung unter dem Management der Öffentlichkeit steht.

Öffentlicher Sektor und ökonomische Demokratie

Wirtschaftsdemokratie hat zwei wichtige Elemente: eine übergreifende strukturelle Perspektive auf die grundlegenden Eigentumsverhältnisse und eine Perspektive von unten auf Macht und Einfluss.

Angewandt auf den kommunalen und regionalen Politikbereich könnte das bedeuten, dass die strukturelle Perspektive mit demokratischer Kontrolle und politischer Verantwortung korrespondiert während die Perspektive von unten mit Macht und Einfluss der Arbeiter und Nutzer korrespondiert.

Öffentlicher Sektor meint, dass ein Teil der Sozialökonomie gemeinsam und demokratisch kontrolliert wird. Deswegen kann es als eine populäre Gegenmacht zu privatem Kapital angesehen werden und lokale wie regionale Politik spielt eine evidente Rolle in einer einheitlichen Strategie der Macht und des Eigentums.

Drei strategische Elemente

1. Wir wollen Steuereinnahmen sichern, damit für den öffentlichen Sektor starke Ressourcen bereitgestellt werden können.

Die Sicherung eines gut funktionierenden, gegenseitig finanzierten öffentlichen Sektors setzt öffentliche Unterstützung und eine langfristig angelegte Wirtschaftspolitik voraus. Mehr Ressourcen sind notwendig, um die Qualität, die Arbeitsbedingungen und die Löhne zu verbessern.

Unparteiische Vergleiche zeigen dass die Steuern in Schweden nicht extrem hoch sind. Im Gegenteil scheint es gut möglich, einen wechselseitig finanzierten und gut entwickelten öffentlichen Sektor zu halten. Was wir brauchen ist eine bewusste Politik der Erhöhung der Beschäftigungsrate um die Steuerbasis zu vergrößern und der Ausweitung der öffentlichen Konsumtion. Mit anderen Worten: das ist eine Frage des politischen Willens und einer breiteren Unterstützung für die Steuerfinanzierung.

2. Wir wollen öffentliche Aktivitäten sichern und entwickeln.

Kommunale Parlamente sollten Konzepte ausarbeiten, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und Nutzer bei der Profilierung solcher Tätigkeiten umreißen.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die öffentlichen Tätigkeiten entwickelt und demokratisiert werden. Wir brauchen eine neue Organisationsform, die Hierarchien niederreißt und grenzüberschreitende Kooperation befördert. Das System der politischen Kontrolle sollte erneuert werden; wir empfehlen die Direktwahl regionaler Parlamente. Aber dann ist es die Sache der Arbeitnehmer und Nutzer, ihre Expertise, ihr Wissen und ihr Engagement zu nutzen um die öffentlichen Aktivitäten zu prägen. Es muss Raum sein für Variationen, neue Orientierungen und Profile. In jeder Schule, in jedem Altersheim etc. sollten Arbeitnehmer und Nutzer die Möglichkeit haben, auf ihre Weise politische Ziele zu realisieren.

3. Wir wollen Aktivitäten, die privatisiert worden sind, wieder nationalisieren.

Es ist von großer Bedeutung, dass der Wettbewerb zwischen den Fürsorge- und Bildungsaktivitäten zurück verlagert werden in das Management der Öffentlichkeit und so Tätigkeiten wieder eine Priorität erhalten, die jetzt vom privaten Gewinnstreben geprägt sind.

Wenn Arbeitnehmer oder Nutzer ehreamtlich öffentliche Aufgaben übernommen haben, sollten ihnen Übergangsmöglichkeiten in öffentlich organisierte Sektoren eröffnet werden. Wir denken dass solche Engagements

freiwillig sein sollten und nicht die Defizite öffentlicher Aktivitäten und Dienste reflektieren sollten.

Privatisierung bedeutet einen Kompetenzabzug aus dem kommunalen und regionalen öffentlichen Sektor. Gleichwohl ist es in vielen Fällen immer noch möglich, nach dem Ablauf von Verträgen privatisierte Tätigkeiten unmittelbar fortzuführen. In anderen Fällen sind ein allmählicher Übergang und eine allmähliche Rekonstruktion von Kompetenz nötig.

Soziale Dienste und alternative Operationsweisen

Kooperative und andere Formen freiwilliger Arbeit haben ihren eigenen Charakter. Was diesen Sektor vom öffentlichen Sektor unterscheidet ist, dass er nicht von der Gesellschaft, sondern von seinen Mitgliedern oder Partnern kontrolliert wird. Wichtig ist auch, dass eine Kooperative oder eine ehrenamtliche Organisation Interessen haben können, welche den gesellschaftlichen Interessen widersprechen. Dieses Problem kann durch eine adäquate Formulierung der Operationsbedingungen gelöst werden.

Ein Engagement in Genossenschaften oder ehrenamtlichen Organisationen kann ein Weg zur Stärkung der Demokratie sein. Mehr Menschen können Einfluss nehmen. Freilich ist auch gezeigt worden, dass im Allgemeinen Männer ihr idealistisches Engagement nutzen um ihre Ressourcen und existierenden Netzwerke zu stärken, wogegen Frauen sich in sozialen Aktivitäten häufig verantwortlicher, aber mit geringerer Machtfähigkeit engagieren. Wir sehen auch, dass Personen mit vielen Ressourcen – etwa Manager – zum Beispiel in genossenschaftlich organisierten Kindergärten überrepräsentiert sind.

Aus einer demokratischen Perspektive ist eine Schlussfolgerung daraus, dass zum Beispiel ein gemeinsam organisiertes Altenheim einer Arbeiterkooperative vorzuziehen ist (und immer natürlich einem privat organisierten Unternehmen).

Genossenschaftliche Unternehmen und Freiwilligenorganisationen, die nicht mit öffentlichen Akteuren konkurrieren oder sie zu ersetzen versuchen, können als komplementäre Projekte angesehen werden. Vor allem die Sozialkooperativen tragen zur Vielfalt bei.

Vertragliche oder direkte Operation?

Wie wir gesehen haben gibt es viele Gründe für ein gemeinschaftliches Management sozialer Dienste. Aber lokale Regierungen haben viele Verantwortlichkeiten und ihnen gehen daher oft die Basiskompetenzen für solche Dinge wie Straßen- oder Hausbau ab. Daher gibt es durchaus wirtschaftliche (theoretische wie praktische) Gründe für lokale Regierungen, externe Dienste zu kaufen und Teile ihrer Aktivitäten outzusourcen. Durch Ausschreibungen werden Preise gedrückt und lokale oder regionale Firmen bekommen eine Möglichkeit, ihre Marktanteile auszuweiten. Doch unabhängig davon, ob solche Aktivitäten direkt oder durch Vertrag realisiert werden, sind öffentliche Transparenz und Kontrolle essentiell.

Lokale und regionale Staatsunternehmen

Nach schwedischen Regierungsstatistiken gab es 1999 1533 Firmen, in denen kommunale oder regionale Träger eine Mehrheit der Anteile hielten. Die meisten waren als Aktiengesellschaften organisiert, deren Aktivitätsfelder zumeist auf den Gebieten Energieversorgung, Heizung, Wasser, Immobilien und Beschäftigung lagen.

Kommunale und regionale Parlamente sollten wohlbegründete Eigentümerstrategien für ihre Firmen entwickeln.

Auf dieselbe Weise wie Staatsunternehmen in Bundesbesitz können Unternehmen im Kommunal- oder Landesbesitz wichtige, demokratisch kontrollierte Instrumente für eine positive Entwicklung der Orte und Regionen sein. Zentrale soziale Interessen können gesichert werden durch:

- Sozialen Wohnungsbau. Wohnungsfir­men im kommunalen Besitz sind Instrumente für eine soziale und ökologisch nachhaltige Wohnungspolitik. Kommunale Regierungen sollten Wohnungspläne haben, die Einrichtung stimmig zusammengesetzter Wohngebiete und Umgebungen sichern, sich um Gleichheit der Klassen und Geschlechter bemühen, den Einfluss der Mieter sichern, historische Aspekte berücksichtigen etc.
- Lokale Energieunternehmen sind wichtige Bindeglieder für die Neuausrichtung einer nationalen Energiepolitik und die Versorgung mit Energie ist ein wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur. Durch ihre Energieunternehmen kann die lokale Politik die Heizung mit umweltpolitisch vernünftiger Energieversorgung verbinden, mit vergleichbaren Unternehmen kooperieren um Kosten zu senken, gemeinsame umfangreiche Investitionen angehen, interessante und qualifizierte Ausbildungsjobs anbieten etc.
- Öffentliches Verkehrswesen. Das öffentliche Verkehrswesen soll den Bürgern eine billige und umweltfreundliche Fahrmöglichkeit bieten. Frauen nutzen am meisten das öffentliche Verkehrssystem. Die Privatisierung des Stockholmer Pendelverkehrs zeigt die Relevanz der öffentlichen Verantwortung für das Verkehrswesen. Das öffentliche Verkehrssystem wird oft von großen Betrieben realisiert so dass es für lokale Regierungen oft notwendig ist zusammenzuarbeiten, um mit großen Firmen wie Linjebuss, Swebus etc. konkurrieren zu können.
- Wirtschaftspolitik. Sogar hier können Kommunalverwaltungen und Landesregierungen eine wichtige Rolle spielen auf Feldern, bei denen es um die unterschiedlichsten Formen der Unterstützung und Verbreiterung der lokalen Wirtschaft geht. Eine kommunale Verwaltung kann Standortvoraussetzungen schaffen durch ihre Wohnungsbau- oder Immobiliengesellschaften, sie kann den Tourismus begünstigen und eine gute Infrastruktur für die Freizeit aufbauen etc. Mit ihrer eigentums­politischen Strategie sollte die kommunale

Regierung zeigen, auf welche Weise sie die Ansprüche der Bürger auf Kontrolle und Teilhabe befriedigen kann. Lokale Pläne, bei denen es um Gleichheit, Umwelt und andere übergreifende Ziele geht sollten auch für die Unternehmen im kommunalen oder Landesbesitz gelten.

Verglichen mit anderen Aktivitäten der lokalen Verwaltungen sind die entsprechenden Unternehmen nicht selten defizitär, beispielsweise was die Fragen der Kontrolle und Offenheit angeht. Wenn Konsens erreicht ist, dass eine Aktivität durch ein Unternehmen realisiert werden soll, dann muss maximale Offenheit herrschen. Es ist wichtig Modelle zur Verbesserung der Bürgerkontrolle zu entwickeln - beispielsweise die Öffnung der Versammlungen der Anteilseigner und ein regelmäßiges, zugängliches Berichtswesen. Um ihre lokalen Unternehmer zu motivieren, sollten die Kommunalparlamente klare Strategien für ihre Unternehmen formulieren und festlegen, auf welche Weise die Ansprüche nach Bürgerkontrolle, Transparenz und Teilhabe erfüllt werden können. Die lokalen Pläne für Gleichheit, Umwelt, Integration etc. sollten auch auf die örtlichen Betriebe angewandt werden,

Lokale Selbstregierung versus nationale Verantwortlichkeit

Privatisierungen sind kritisiert worden, weil sie demokratische Kontrolle schwächen und die soziale Sicherung beeinträchtigen, aber auch weil es möglich ist, schnell zu veräußern, was über eine lange Zeit hin aufgebaut wurde und dessen Renationalisierung gleichfalls eine lange Zeit brauchen würde. Davon ausgehend ist es keineswegs absurd, den Spielraum lokaler Verwaltungen zum Verkauf öffentlicher Aktivitäten durch Gesetz oder anders zu beschränken.

Entscheidungen über entsprechende Veräußerungen werden durch lokale Parlamente gefällt und eine Begrenzung dieses Rechts bedeutet auch eine

Begrenzung der kommunalen Selbstverwaltung. Aber Aktivitäten auf kommunaler Ebene gehören zu einer nationalen Wohlfahrtsordnung und alle Gesetze der sozialen Sicherung setzen zugleich Grenzen dieser lokalen Selbstverwaltung. Daher trifft die Behauptung daneben, wonach Begrenzungen der kommunalen Selbstverwaltung nicht akzeptiert werden dürften. Die wesentliche Frage ist vielmehr, welche Interventionen notwendig und welche inakzeptabel sind. Und dies wiederum ist eine Frage nach politischen Zielen und Werten.

Politische Gegenmittel zu Privatisierungen

Jüngst gab es eine Debatte über die Notwendigkeit rechtlicher Formen der Verhinderung oder Rücknahme von Privatisierungen auf regionaler oder lokaler Ebene. Einige zeitlich begrenzt wirksame Gesetze wurden verabschiedet. Statt dessen eine Liste möglicher Alternativen, die nach unserer Meinung diskutiert werden sollten.

1. Ökonomische Anreize

- a. Die Regierung sollte lokalen Unternehmen gewisse Vorteile einräumen zum Beispiel durch Zuschüsse für Investitionen oder Zinszahlungen oder durch niedrigere Steuern. Auf der anderen Seite können Firmen, die mit öffentlichen Unternehmen konkurrieren, weniger günstige Konditionen gegeben werden
- b. Staatliche Zuschüsse beispielsweise für Aktivitäten der Bildung, Kindererziehung oder Altenfürsorge könnten nur im öffentlichen Bereich vergeben werden

2. Ökonomische Sanktionen gegen Privatisierung

- a. Staatliche Zuschüsse für eine kommunale Verwaltung können in Abhängigkeit von den Empfängern reduziert werden. Dies wird gegenwärtig im Falle des öffentlichen Wohnungsbaus praktiziert.

3. Optionen

- a. Wenn ein kommunales Unternehmen verkauft wird sollte ein anderes Unternehmen, das im öffentlichen Besitz ist, zunächst eine Kaufoption erhalten
 - b. Wenn eine Wohnungsgesellschaft zum Kauf steht, sollten zunächst die Mieter eine kollektive Option erhalten
4. Restriktionen für Privatisierungen
- a. Nur bestimmten Formen kommunalen Eigentums sollte ohne Genehmigung verkauft werden dürfen. Begrenzungen sollten abhängig gemacht werden von den Einnahmen der kommunalen Haushalte
 - b. Verkäufe sollten nur in Ausnahmen gestattet sein, zum Beispiel wenn es der Kommune eindeutig schaden würde, wenn nicht verkauft wird.
5. Gesetze gegen gewinnorientierte Unternehmen
- a. Anordnungen, wonach bestimmte Aufgabenfelder des Staates wie zum Beispiel das Gesundheitswesen nicht durch gewinnorientierte Unternehmen bearbeitet werden dürfen. Solche Gesetze existieren in Holland und Kanada.
6. Transfer auf Stiftungen
- a. Kommunales Eigentum kann auf Stiftungen verlagert werden um zu verhindern, dass unter neuen politischen Mehrheiten über die Vermögenswerte anders disponiert wird. Die Stiftungen werden „öffentliche Güter“, Firmen die sich selbst gehören.
7. Anspruchsgesetze
- a. Statt den Verkauf oder die Privatisierung zu verbieten, können Gesetze Berechtigungen und Verpflichtungen festlegen. Zum Beispiel können kommunale Verwaltungen verpflichtet werden, entsprechend ihrer Größe mindestens eine Wohnungsgesellschaft zu unterhalten, die eine Mindestmenge an Wohnungen zu einer vertraglichen Miete anbietet.

Alle die hier erwähnten Instrumente einer Kontrolle implizieren größere oder kleinere Einschränkungen der lokalen Selbstverwaltung und sie haben auch andere Vor- oder Nachteile. Insbesondere müssen wir uns über die Möglichkeiten nationaler Parlamente im Klaren sein, die politische Orientierung örtlicher oder regionaler Regierungen unabhängig von ihrer politischen Mehrheit zu bestimmen. Verfassungsregeln welche bürgerliche Mehrheiten auf regionaler oder lokaler Ebene von Privatisierungen abhalten können von bürgerlichen Regierungen oder Parlamentsmehrheiten auf nationaler Ebene dazu genutzt werden, linke Mehrheiten auf lokaler oder regionaler Ebene von Nationalisierungen abzuhalten. Mit anderen Worten: es gibt gute Gründe, beim Gebrauch solcher Gesetze zurückhaltend zu sein. Der wirkliche Schutz für einen öffentlichen Sektor kommt von unten: es ist die Mehrheit für eine solche Politik auf allen Ebenen.

Fonds als strategisches Instrument einer Wirtschaftsdemokratie

Einführung

Über das Kapital ihrer Rentenversicherungen besitzen die Arbeitnehmer der Welt den Gegenwert der drei größten Börsen der Welt. Aber die Kapitalisten haben die Macht in der überwiegenden Mehrheit der großen Gesellschaften. Die Bildung kollektiven Kapitals durch Fonds ist jedoch eine Strategie, die zur Entwicklung von Wirtschaftsdemokratie und demokratischem Sozialismus beizutragen vermag. In der Geschichte der Bemühungen zur Demokratisierung der schwedischen Ökonomie ist so etwas nichts Neues. In den 70ern war die gesellschaftliche Debatte stark geprägt von einem 1975 vorgelegten Vorschlag, ein Investmentfonds einzurichten, der aus Lohneinkommen gespeist werden sollte.

Nun gibt es erneut eine Debatte um Kollektivfonds und nicht nur in Schweden gibt es Debatten, wie die Macht der Arbeiter durch solche Fonds gestärkt werden könnte. Es ist paradox, dass der Anstoß für die gegenwärtigen Debatten aus den zentralen Ländern des Kapitalismus (USA, Kanada) kommt, wo gewerkschaftliche Rentenfonds eine wesentlich aktivere Rolle spielen als in Schweden.

Hier wollen wir nicht nur gewerkschaftliche Fonds diskutieren sondern auch andere Fonds der Bildung von Kollektivkapital. Diese verschiedenen Formen sollten nicht als sich gegenseitig ausschließend angesehen werden. Innerhalb einer breiten Strategie der Demokratisierung der Wirtschaft wirken sie komplementär.

Gewerkschaftliche Rentenfonds

Wir stehen in Opposition zu den Rentenvereinbarungen, die von der schwedischen Sozialdemokratie und vier bürgerlichen politischen Parteien getroffen wurden. Sie laufen darauf hinaus, dass sich die nationale Rentenversicherung, die Hunderte von Milliarden Kronen wert ist, sukzessiv in Luft auflösen wird. Und wir sind nun gehalten uns zu entscheiden, in welchen der mehr als Hundert privat kontrollierten Fonds wir unser Rentenversicherungsgeld investieren sollen. Freilich muss man dieses System als Tatsache in Rechnung stellen.

Das neue Rentensystem hat ein Potential für eine fondsbasierte wirtschaftsdemokratische Strategie. Fonds, die auf dem Grundsatz jeder Wirtschaftsdemokratie basieren: eine Person – eine Stimme.

Gewerkschaftliche Fonds können nun ihre Verantwortung als Eigner und ihre Macht als Anteilseigner nutzen, um beispielsweise die Schließung profitabler Firmen zu verhindern oder die Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer. LO, der schwedische Gewerkschaftsdachverband, hatte nun eine seltene Gelegenheit über seine Fonds seinen Mitgliedern einen wirklichen Einfluss auf die Wirtschaft zu geben – doch er transferierte die Fonds auf die Versicherungsgesellschaft Folksam bzw. eine gemeinsame

Versicherungsgesellschaft, in welcher Folksam die Mehrheit der Anteile hält.

Heutzutage gibt es ausreichend Gründe eine Konzentration von Eigentum und Macht zu kritisieren, die nicht weniger ungerecht ist als vor zwei Jahrzehnten. Gleichwohl wird zumindest in der Theorie eine aktivere Fondspolitik debattiert. Wichtig ist freilich festzuhalten, dass die US-amerikanischen und kanadischen Modelle keineswegs darauf abzielen, ein Mehrheitseigentum an den Unternehmen zu schaffen. Im Allgemeinen geht es darum, den Arbeitern eine Minderheitsposition in den Vorständen und bestenfalls einen gewissen Einfluss zu geben.

Die Existenz einer starken Arbeiterbewegung sollte in Schweden eine offensivere Orientierung möglich machen.

Es scheint sinnvoll zu sein dass die Gewerkschaft selbst einen Fonds bildet, in den seine Mitglieder ihre Rentenbeiträge einbezahlen können. Eine Alternative sind mehrere regionale Fonds. Die Gewerkschaftsmitglieder würden den Vorstand des Fonds ernennen. Dieses Direktorium und lokale Gliederungen der Gewerkschaften könnten Vertreter für Versammlungen der Anteilseigner oder für Unternehmensorgane benennen. Die Gewinne der Fonds könnten für unterschiedliche Zwecke genutzt werden, zum Beispiel für eine Lohnpolitik, die Solidarität mit niedrig bezahlten Arbeitnehmern zeigt.

Natürlich sind gewerkschaftliche Rentenfonds im Kern eine Sache der Gewerkschaften selbst. Aber sie wären gerade unter dem Aspekt von „Macht und Eigentum“ eine derart wichtige Angelegenheit, dass man sie nicht allein der Gewerkschaft überlassen könnte. Die Verwirklichung einer solchen Fondslösung, die zugleich eine wirtschaftsdemokratische Perspektive impliziert, verlangt dass die Arbeiterbewegung insgesamt einheitlich handelt.

Wir unterstützen gewerkschaftliche Rentenversicherungen.

Natürlich sind gewerkschaftliche Versicherungen eine unterstützenswerte Initiative. Zugleich gibt es Probleme und Defizite, derer wir uns bewusst sein sollten.

Ein Einwand ist, dass mit den Fonds Aktienanteile erworben werden und so genauso die Marktspekulation unterstützt wird wie die Profitmacherei von Unternehmen. Doch da das Geld in anderen Fällen bei privaten Banken, Versicherungsgesellschaften und Börsenspekulanten gelandet wäre, scheint es uns besser zu sein, wenn die demokratisch gewählten Vorstände der Gewerkschaftsfonds eine übergreifende Verantwortung dafür haben, wie das Kapital ihrer Mitglieder investiert wird.

Es gibt ein Risiko, dass die Fonds nur dazu dienen, die Privatökonomie mit Risikokapital zu versorgen, statt zur Bildung von Mehrheitseigentum und wirklich demokratischer Einflussnahme beizutragen. Die Frage ist, wie weit wir gehen wollen und welche Ziele wir uns setzen. Das ist eine politische Frage.

Es gibt ein Risiko, dass neue Ungleichheiten entstehen, weil einige Fonds sehr gut operieren und andere schlecht. Die Gewerkschaft erhält eine Doppelrolle für Arbeitgeber und Lohnarbeiter gleichermaßen.

Trotz dieser Defizite können offensive Gewerkschaftsfonds ein Element in einer gemeinsamen wirtschaftsdemokratischen Strategie sein. Ein aktives Fondsmanagement kann genutzt werden um wichtige Entscheidungen über Verlagerungen oder Schließungen zu beeinflussen. Auf lange Sicht hin könnte es sogar ein Weg sein, die grundlegenden Eigentumsbeziehungen in den Unternehmen zu beeinflussen.

Sozialfonds

Mit Sozialfonds meinen wir Fonds, die im Bundes-, Landes- oder Kommunaleigentum sind. Die heutzutage unvergleichlich größten Fonds sind „AP-

fonderna“, also allgemeine Versicherungs- und Rentenfonds, die in eine Art allgemeiner Versicherungsfonds transformiert wurden.

Es sind einige Vorschläge zur Aktivierung der AP-Fonds gemacht worden, beispielsweise zur Beseitigung der Begrenzungen von Investitionen oder anderer Restriktionen. Freilich würde das ein Demokratieproblem aufwerfen weil diese Fonds in ihrer gegenwärtigen Struktur den Lohnarbeitern keinerlei realen Einfluss geben. Daher wäre eine Bedingung dafür eine Demokratisierung des Staatseigentums das wir in dem entsprechenden Abschnitt behandelt haben. Aktivierte AP-Fonds sollten eine Ergänzung zu gewerkschaftlichen Rentenfonds sein.

Unser wirtschaftsdemokratischer strategischer Ansatz schließt eine Ausdehnung des Staatseigentums auf strategisch wichtige große Unternehmen ein, deren Aktivitäten für die Allgemeinheit von großer Bedeutung sind. Eine Möglichkeit wäre, aktive AP-Fonds für solche Zwecke zu nutzen. Eine solche Politik könnte dazu beitragen, das übergreifende Ziel der Verlagerung der Machtbalance zwischen privatem und gemeinschaftlichem Eigentum zu erreichen und die Macht von privat kontrolliertem Großkapital auf die demokratischen gewählten Körperschaften der Bürger zu verlagern. Damit wäre zugleich garantiert dass die Aktiengewinne der AP-Fonds in Schweden reinvestiert werden.

Die AP-Fonds sollten im allgemeinen Interesse eine aktive Eigentümerrolle spielen

Aktivierte AP-Fonds können gegenüber kurzfristiger Spekulation, Verlagerungen und dem „Marktlobbying“ unserer demokratisch gewählten Politiker, um sie zu „notwendigen“ Entscheidungen zu bringen, ein reales Gegengewicht bilden. Sie könnten eine progressive Produktentwicklung und die notwendige Erneuerung von Wirtschaft und Produktion erleichtern, die nun von Investoren obstruiert wird, die nicht mehr als ein paar Tage oder Wochen vorausblicken und eher von Börsennotierungen angeleitet sind als von langfristigen Interessen und Zielen.

Sozialfonds aus öffentlichem Mehrprodukt

Schweden ist nicht mehr länger ein nettoverschuldetes Land, was bedeutet, dass der Staat gemeinsam mit den Sozialversicherungssystemen öffentliches Kapital anhäuft. Produktiv investierte Sozialfonds sind eine bessere Methode mit diesem Kapital umzugehen als wenn der Staat das Management auf Banken und andere private Investoren verlagern würde.

Entscheidungen über Sozialfonds könnten dezentralisiert werden so dass die Arbeiter der Firmen, die den Fonds gehören, einen Anteil an der Macht erhalten. Das könnte dadurch erreicht werden, dass ein Teil der Stimmrechte auf den Versammlungen auf die Arbeitnehmer dieser Firmen übertragen werden. Entsprechend dem Prinzip „eine Person – eine Stimme“ sollten die Sozialfonds das allgemeine Interesse vertreten. Das Produzenteninteresse wird von den Firmenarbeitern repräsentiert, die das Recht und die Macht haben sollten, alltägliche Entscheidungen über das Was und Wie der Produktion, des Marketings und der Investitionen zu fällen, soweit sie nicht von so großer Bedeutung für die Gesamtgesellschaft sind, so dass die Eigentümer intervenieren sollten.

Sozialfonds für eine regional orientierte Politik

Sogar regionale Fonds die nicht auf Gewinnerzielung aus sind können innerhalb einer übergreifenden Struktur ein konstruktives Element darstellen. In Schweden sind Vorschläge für solche regional fundierten Fonds vorgelegt worden. Konkret etwa Wasserkraftfonds, wobei gesichert sein wollte, dass das Kapital in den Regionen reinvestiert wird, in denen es gewonnen wurde. Durch einen gewissen Kapitalanteil per kWh werden Fonds bestimmt, die für notwendige Investitionen in der Regionalökonomie, für die Schaffung von Jobs, Bildung etc. genutzt werden können. Auf diese Weise kann Kapital – und können damit auch Macht und Einfluss – von privaten Energiefirmen auf Körperschaften verlagert werden, die demokratisch kontrolliert werden. Auf diese Weise können auch Entscheidungen über Anwendungen und Nutzungspraxen so nah wie möglich an die wirklichen Nutzer gebracht werden.

Betrachtet man den Aspekt der politischen und ökonomischen Demokratie, dann sind Fonds, die zugleich im Besitz der öffentlichen Hand und der Arbeiter sind, von besonderem Interesse. Diese spezifische Beziehung eröffnet Möglichkeiten zur Verbindung politischer und ökonomischer Demokratie. Ein Fonds, der auf den Rentenansprüchen der Lohnarbeiter beruht und der auf entsprechenden Verträgen beruht, kann nicht nur aufgrund eines Wahlergebnisses von einer bürgerlichen Mehrheit abgeschafft werden.

Gesellschaftliche Fonds

Eine mögliche Ergänzung zu den bislang skizzierten Formen von Fonds ist, was wir provisorisch gesellschaftliche Fonds nennen wollen. Hier eine Skizze.

Ein grundlegendes Problem beim Aufbau eines Fonds ist die Kapitalversorgung. Eine geistreiche Konstruktion legte einst der schwedische Gewerkschaftsökonom Rudolf Meidner vor, dessen Modell der Gewinnteilung Eigentümerschaft und Machtstruktur von Firmen weg verlagerte ohne ihre Liquidität zu beeinflussen. Ein gewisser Anteil der jährlichen Gewinne von Großfirmen würde auf Investmentfonds der Arbeitnehmer übertragen, nicht als Cash sondern als neu ausgegebene Anteile. Auf diese Weise würden Gewinne nicht aus der Firma herausgehen, sondern aktives Kapital bleiben. Indem die entsprechende Summe auf den gesamten Aktienbesitz bezogen wird, konnte der Umfang der neuen Anteile fixiert werden. Ein gesellschaftlicher Fonds kann auf dieselbe Weise ihre Kapitalversorgung erhalten. Er sollte nur große Firmen umfassen, beispielsweise jene mit wenigstens 100-200 Arbeitern und einem gewissen Minimalgewinn.

Das Modell eines Arbeitnehmerinvestmentfonds ist kritisiert worden, weil es einseitig die Gewerkschaften bevorteilen würde und auch aus deren Sicht problematisch sei, weil sie gleichermaßen die zwei Rollen des Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreters spielen müssen. Mit einem gesellschaftlichen Fonds ist es möglich, zwischen den Interessen der Lohnemp-

fänger und denen der Gesellschaft einen Ausgleich zu schaffen – Interessen, die manchmal zusammenfallen und manchmal miteinander konfliktieren.

Eine mögliche Lösung ist die Kombination von Arbeitnehmereinfluss auf Basis gesellschaftlicher Fonds, die möglichst regional basiert sein sollten, mit einem nationalen Ausgleichsfonds, der regionalen Ungleichheiten entgegenwirken kann. Solche Regionalfonds können von einem Vorstand verwaltet werden, dem politische Abgeordnete angehören, die vom Regionalparlament gewählt sind. Auf diese Weise würden die Fonds auch diese Parlamente stärken. Zum Direktorat können auch Personen gehören, die von den Gewerkschaften oder der Bundesregierung bzw. dem Nationalparlament ernannt werden. Die Vertreter der Fonds bei Aktionärsversammlungen oder in Unternehmensvorständen könnten vom Vorstand des Fonds bzw. dem Regionalparlament bzw. dem Firmeneitarbeitern gewählt werden. Wenn ein gesellschaftlicher Fonds die Mehrheit in einem Unternehmen erreicht hat könnte vielleicht sein Vorstandsvorsitzender von ihm ernannt werden, während die Arbeitnehmer die Geschäftsführung und andere Manager benennen. Das Ziel wäre einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Vertretungen der Gesellschaft und denen der Arbeiter. Während die ersteren die Mehrheit im Vorstand kontrollieren würden, könnten die Arbeitnehmer jenen Teil des Managements benennen, der für die alltägliche Arbeit zuständig ist. Das Gleichgewicht wäre innerhalb des Direktorats zu finden, wo mögliche Konflikte zwischen den Vertretern unterschiedlicher Interessen ausgetragen werden.

Dieses Modell würde ernsthaft die gegenwärtigen Eigentumsstrukturen herausfordern und ein Gleichgewicht zwischen Bürgerinteressen und Arbeitnehmerinteressen, zwischen der Macht der Gesellschaft und der Macht der Arbeiter schaffen. Dieses Modell der Machtteilung würde dem Gruppenegoismus in erfolgreichen Unternehmen entgegen. Das politische

Grundprinzip würde sein „Ein Bürger – eine Stimme“ – eher statt „ein Gewerkschafter – eine Stimme“.

Der Vorstand des Fonds, der von demokratisch gewählten Politikern aus der Region ernannt wird, sollte eine übergreifende Verantwortung haben für die Rekrutierung kompetenter Personen als Vertreter des Fonds in Unternehmensvorständen und dafür dass diese Personen in Übereinstimmung mit den Prinzipien handeln, die von den nationalen oder regionalen Parlamenten entwickelt wurden. In einem offenen und freien Nominierungsprozess sollten politische Parteien kompetente Personen mit einer professionellen Qualifikation vorschlagen, die in einem Unternehmensvorstand gebraucht wird. Dann würde das Regionalparlament formal die Vertreter ernennen – ein gängiger Prozess in demokratischen Körperschaften. In einem System der Gewinnteilung würde es nach den Kalkulationen von Meidner 20-40 Jahre dauern (abhängig von der Profitabilität und den zugrunde liegenden Anteilen) bis der Fonds in einer Firma die Mehrheit erreicht hätte. Das würde bedeuten, dass die gesellschaftlichen Vertreter in den Unternehmensdirektoraten lange Zeit hätten, sich für ein gutes Management zu qualifizieren. Die Arbeitnehmervertreter in einem Vorstand könnten nach einem freien Nominierungsprozess auf Betriebsebene gewählt werden. Diese Wahlen könnten von den Gewerkschaften arrangiert werden, die von einem entsprechend proportional zusammengesetzten Wahlgremium unterstützt werden.

Wirkliche Selbstbestimmung setzt Wahlen auf jeder Ebene und an jedem Arbeitsplatz voraus. In Unternehmen außerhalb des Fondsystems kann Selbstbestimmung durch Mitbestimmungsgesetze und durch gewerkschaftliche Verhandlungen unterstützt werden.

Übergreifende Richtlinien für die gesellschaftlichen Fonds sollten von der Regierung bzw. den Bundes- und Landesparlamenten ausgearbeitet werden. Ergänzend zu den regional basierten Fonds sollte ein zentraler Ausgleichsfonds existieren, der vom Parlament, der Regierung oder dem Wirt-

schafts- bzw. Handelsministerium kontrolliert wird. Dieser Fonds sollte alle Gewinne aus den Anteilen der Regionalfonds erhalten. Diese Mittel sollten für unterschiedliche Ziele eingesetzt werden. Extensive Investitionen sollten in den öffentlichen Sektor gemacht werden und breite regionale Engagements sind ebenso notwendig.

Gesellschaftliche Fonds dieser Art sind in der gegenwärtig internationalisierten Wirtschaft auf nationaler Ebene nur schwer durchzusetzen. Transnationale Firmen und Finanzeinrichtungen würden, wie schon früher in der Geschichte, starke Gegenmaßnahmen ergreifen um zu verhindern, dass die gesellschaftlichen Fonds wirkliche Machtstrukturen tatsächlich verändern. Aber Vorstellungen über gesellschaftlich oder gewerkschaftlich verwaltete Fonds, mit denen die Machtverhältnisse verändert werden sollen, existieren in einer Reihe von Ländern. Man könnte sich daher regionale und nationale Fonds vorstellen, die miteinander verknüpft sind und ein internationales System bilden. Dieses System könnte eine von vielen Gegenmächten zum globalen Kapital sein.

Allerdings ist eine solche Strategie internationaler Fonds noch nicht ausgearbeitet und bedarf kontinuierlicher Debatte und theoretischer Ausarbeitung.

Eigentum in Arbeitnehmerhand, Kooperation und Soziale Ökonomie

Zum geschichtlichen Hintergrund

Im Gegensatz zu einer kapitalistischen Firma, welche den Profit des Eigentümers maximiert, maximiert eine von den Beschäftigten kontrollierte Firma den vom einzelnen Arbeitnehmer geschaffenen Wert – d.h. Löhne und Profit. Es ist ein Vorteil einer von den Arbeitnehmern kontrollierten

Firma, dass ihre Beschäftigte nicht so viele Ressourcen in Überwachung und Kontrolle investieren müssen wie in einer kapitalistischen Firma. Andererseits mögen die Debatten über Produktionsstrategien, Investitionen, Profite und Löhne zeitraubend sein.

Ein Nachteil der von den Beschäftigten kontrollierten Firmen ist eine Erscheinung, die wir auch in kapitalistischen Firmen sehen können, in denen Gruppenarbeit eingeführt wurde, vor allem dann, wenn es um Stückakkord geht. Diese Arbeitskollektive neigen dazu, ihre Mitgliederzahl niedrig zu halten und weniger Leistungsfähige auszuschließen, um die Zahl der Lohnbezieher gering zu halten. Dieses System führt auch zu Arbeitslosigkeit, Inflation und Lohndifferenzen die nicht niedriger sind als in einer unregulierten kapitalistischen Marktökonomie. Es gibt auch das Risiko, dass die Arbeitnehmer sich selbst einen so großen Teil des Wertes in Form von Löhnen genehmigen, dass für Investitionen zu wenig übrig bleibt.

Die Kritik am modernen Kapitalismus hat – unter Einschluss der Finanzkrise in vielen Ländern – den Ideen der Selbstverwaltung eine gewisse Renaissance verschafft. Diese Ideen kommen von rechts wie von links. Die Rechte nutzt sie in ihrer Propaganda für Privatisierung, die Linke in ihrer Kritik am Kapitalismus. Aus Frankreich kommt als ein neues Konzept die „Sozialökonomie“, die 1999 vom schwedischen Kultusministerium wie folgt definiert wurde: „Sozialökonomie meint organisierte Aktivitäten, die primär auf gesellschaftliche Ziele orientiert sind, auf demokratischen Werten basieren und unabhängig vom öffentlichen Sektor operieren. Diese gesellschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten finden im Wesentlichen statt in Organisationen, Kooperativen, Stiftungen und vergleichbaren Organisationen. Ihre hauptsächliche Triebkraft ist das Wohl der Mitglieder, nicht der Profit.“

Weg mit den abgestuften Stimmrechten der Anteilseigner!

Wie der Ökonom und Politiker C. H. Hermansson in seinen Büchern über die schwedische Großfinanz vermerkt hat, zeichnen sich die schwedischen

Großunternehmen durch eine außerordentliche Machtkonzentration aus. Die Wallenberg-Familie dominiert weiterhin einen Großteil der führenden Unternehmen, auch wenn sich mittlerweile einige Herausforderer zeigen. Ihre Investitionen im öffentlichen Sektor hat die Macht der Großkapitalisten eher gestärkt als geschwächt. Das Geld der Kleineigentümer ist überwiegend in Fonds investiert, von denen 80 % im Besitz und unter Kontrolle der vier größten schwedischen Banken sind, die nach dem Gesetz höchstens 5 % der Stimmrechte in einer Firma haben dürfen. Das bedeutet dass die Begrenzung der Zahl der Eigentümer, die in einer Handvoll großer Investmentfirmen und Stiftungen die Macht ausüben, dazu geführt hat, dass sie ihre Macht und ihr Eigentum gestärkt haben. Die Unterscheidung in A- und B-Anteile erleichtert es früheren Eigentümern die Macht zu behalten.

Reorganisieren wir das Gesetz über Aktiengesellschaften und das Steuersystem! Stärken wir das Eigentum in Arbeitnehmerhand gegenüber dem spekulativen nur kurzfristig orientierten Eigentum! Schaffen wir die Unterscheidung zwischen A- und B-Anteilen in einer Weise, die das Eigentum in Arbeitnehmerhand fördert!

Das gesetzliche Recht das Stimmrecht entsprechend den Anteilswerten zu gewichten wird nun zu Recht sogar von LO – Ökonomen kritisiert, Aber die Sache ist nicht ganz einfach. Eine schnelle Beseitigung dieser Regelung würde angesichts der gegenwärtigen Macht- und Eigentumslage bedeuten, dass relativ solide Eigentümer von bloß kurzfristig und auf spekulative Gewinne orientierten Kapitalisten abgelöst würden, und nicht von Pensionsfonds, die von Arbeitnehmern kontrolliert werden und langfristigen Zielsetzungen unterstellt sind. Ein Prozess der Beseitigung der gestuften Stimmrechte von Anteilseignern sollte durch nichtkapitalistische Eigentümer initiiert werden.

Die Regierung und das Parlament sollten das gesetzliche Recht haben Schließungen aufzuschieben oder rückgängig zu machen, die in einer übergreifenden Perspektive nicht gerechtfertigt sind. In bestimmten Fällen sollte der Staat das Recht zur Übernahme haben.

Sogar Schweden benötigt rechtliche Regelungen der Art, wie sie jetzt in Frankreich eingeführt werden. Dies bedeutet dass Firmen vor der Schließung dies mit einer weiterreichenden sozialen und ökonomischen Argumentation begründen müssen. Höhere Profite an anderen Orten sind keine valide Begründung. Wenn die Firma keine akzeptable Begründung angeben kann ist die Regierung ermächtigt, die Schließung zu stoppen oder zu verschieben. Als ein letzter Ausweg vor einer solchen Schließung kann eine Übernahme der Produktion durch den Staat gelten. Das Ziel würde sein, den Arbeitern Zeit zu geben zu entscheiden über eine Übernahme oder andere Formen der Übergabe von Firmen an eher verantwortliche Eigentümer; es geht dabei nicht darum, dass der Staat eine Produktion rettet, die außerstande ist, langfristig zu überleben.

Kooperation und soziale Ökonomie

Wir schätzen dass im Jahr 2001 die kooperative und soziale Ökonomie rund 10 % des schwedischen BSP hielten, obwohl es schwierig ist, den kooperativen Bereich vom privaten Eigentum zu unterscheiden.

Unterstützen wir die Bewegung der Kooperativen und der unabhängigen Sparkassen in ihrem Wettbewerb gegen private Kapitalisten!

Viele schwedische Linke waren oder sind aktiv in der etablierten Kooperativenbewegung (KF) oder in Wohnungskooperativen, einige von ihnen sogar in Sparkassen oder in bäuerlichen Produktionskooperativen. Sie zogen immer kooperative Formen des Eigentums der privatkapitalistischen Form vor. Heute zwingt die internationale Konkurrenz die alte Kooperativbewe-

gung sich allmählich kapitalistischen Bedingungen anzupassen. Dennoch bleiben wichtige Unterschiede.

Unterstützen wir die Einrichtung einer Volksbank!

KF wie auch die kooperative Versicherungsfirma von Folksdam beabsichtigen gemeinsam mit anderen Firmen mit den großen Banken auf den Gebieten einfacher finanzieller Dienste zu konkurrieren. Diese Pläne verdienen unsere Unterstützung, sofern die neuen Aktivitäten ein ausreichendes Maß an jenen Idealen widerspiegeln, die an das kooperative Eigentum geknüpft sind.

Wir sollten ebenfalls die verbleibenden Sparkassen, die weiterhin relativ unabhängig sind, in ihrem Kampf gegen die großen Banken unterstützen. Sogar innerhalb der neuen sozialen Ökonomie gibt es einige Banken die wir unterstützen sollten.

Unterstützen wir kollektive Lebensweisen und kooperative Mietverhältnisse!

Keineswegs die unwichtigste Aufgabe ist es, Alternativen im Wohnungssektor bereitzustellen, wo in jüngster Zeit Spekulationen und Privatisierungen sich ausgeweitet haben. Kooperative Mietrechte bedeutet, dass eine Kooperative gebildet wird und dass die Mieter ihre Wohnungen derart von der Kooperative mieten, dass die Rechte der Mieter und jene der Anteilseigner getrennt voneinander sind. Es ist dann nicht möglich, wie in den üblichen Mieter - Eigentümer-Wohnbeziehungen Wohnungen zu kaufen und zu verkaufen. Diese Form sollte gestärkt und ausgeweitet werden vor allem als Alternative zu dem Ausverkauf des öffentlichen Wohneigentums, wo Mieter zu Eigentümern ihrer Wohnungen werden. Gemeinschaftliche Lebensformen verdienen ebenfalls starke Unterstützung.

Gesetze für soziale Kooperative

Vor allem im südlichen Europa existieren Sozialkooperativen. Das sind Kooperativen von Arbeitern, die auf dem Markt Güter und Dienste verkaufen. Viele der dort arbeitenden Menschen haben irgendeine physische, mentale oder soziale Behinderung. In Italien sind solche Kooperativen eine rechtlich geregelte Unternehmensform. Einige der größten italienischen Betriebe im Bausektor, der Landwirtschaft oder in der Metallindustrie sind Kooperativen. Es gibt darüber hinaus spezielle Gesetze die ihre Tätigkeit regulieren. Beispielsweise müssen mindestens 40 % ihrer Beschäftigten behindert sein. Die Verteilung des Mehrwerts ist ebenfalls rechtlich geregelt. Wenn eine Firma derartige Bedingungen erfüllt, kann ihre Steuerlast gemindert werden.

Unterstützen wir die Entwicklung neuer kooperativer und selbstverwalteter Betriebe als einer Alternative und Gegenmacht zu kapitalistischen Produktionsformen! Schließen wir Non-Profit-Unternehmen aus den üblichen Regularien von Kauf und Verkauf aus!

Es ist vernünftig, dass Non-Profit-Unternehmen aus den gängigen Regularien von Kauf und Verkauf ausgenommen werden. Wenn kooperative und andere gesellschaftliche Wirtschaftsformen stabil und selbsterhaltungsfähig sein sollen, dann müssen starke staatliche Regulierungen existieren, eine deutlich ausgeprägte soziale Eigentümerschaft und gesellschaftliche Einflussnahme auf Investitionen müssen existieren. Wenn es dies alles nicht gibt, dann werden Kooperativen und andere Formen der Sozialen Ökonomie und des Eigentums in Arbeiterhand als selbstverwaltete Selbstausbeutung enden oder ihr Einfluss auf die Ökonomie auf marginale Sektoren begrenzt. Auf sich selbst gestellt haben diese Eigentumsformen Schwierigkeiten, den Einschränkungen und der Kontrolle standzuhalten, die vom Privatkapital kommen. Natürlich muss es auch Menschen geben, die bereit sind, in diesen Firmen und Assoziationen freiwillig tätig zu werden.

Zum Schluss

Macht und Eigentum sind weiterhin ungerecht verteilt und die ökonomische Macht ist bei einer winzigen Minderheit konzentriert. Dies bedeutet nichts weniger als eine Einschränkung der Demokratie. Dagegen hat sich neuerdings nicht nur in Schweden, sondern international eine Protestbewegung gebildet.

Für die Linke und eine vereinte Arbeiterbewegung ist die Zeit gekommen gegen eine Entwicklung in die Offensive zu gehen, die zu Ungleichheit führt und die Unterschiede zwischen den Menschen erhöht. Dies erfordert eine entwickelte Analyse und Politik zu unterschiedlichen Fragen; für einen ersten Schritt haben wir beschlossen uns auf die Eigentumsstrategie zu konzentrieren.

Das strategische Ziel ist Wirtschaftsdemokratie, ein Konzept das wir als Einheit von zwei untrennbaren Perspektiven beschrieben haben: Eigentum als solches und ein demokratisch organisiertes Eigentum.

Eine moderne sozialistische Strategie muss Gegenmächte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene aufbauen. Sie muss auf einer Bewegung von unten aufbauen und eine Vielfalt von Eigentumsformen einschließen. Die übergreifende strategische Zielsetzung ist eine allmähliche Ausweitung gemeinschaftlichen, demokratischen Eigentums zu Lasten des Privateigentums so dass ein großer Teil der Ökonomie demokratisiert wird und Gemeineigentum wird. Mit Gemeineigentum meinen wir gesellschaftliches Eigentum (öffentliches Eigentum national, regional, lokal) ebenso wie Kooperativen und Eigentum in Arbeitnehmerhand.

Staatliches Eigentum muss auf einem allgemeinen Interesse beruhen. Wir wollen, dass die Politik ihre nationale Verantwortung wahrnimmt für Aktivitäten wie Kommunikation, Verkehr, Energieversorgung und Medizin. Der Staat sollte auch aktiv sein bei der Entwicklung neuer Firmen, die als Avantgarden in wichtigen Industrien tätig sind, zum Beispiel auf dem Gebiet der Umwelttechnik.

Jedes Unternehmen im Staatsbesitz sollte eine entwickelte eigentumspolitische Strategie haben, ob lokal oder national. Dabei sollte das Allgemeininteresse bestimmen, die Versammlungen der Anteilseigner sollten offen sein für die allgemeine Öffentlichkeit und die öffentlichen Arbeitgeber sollten ihre Unternehmerfunktion vorbildlich ausfüllen.

Aus demokratiepolitischen Erwägungen heraus sollten Fürsorge und Bildung öffentlich organisiert sein. Alternative Formen wie Kooperativen (Genossenschaften) könnten wichtige Ergänzungen sein.

Kommunen und Länder sollten mehr Ressourcen bekommen und ihre Parlamente sollten politische Konzeptionen erarbeiten, in denen festgelegt wird, wie beschäftigte und Konsumenten / Kunden bzw. Nutzer befähigt werden, bei der Gestaltung dieser Politik mitzuwirken.

Wir wollen Tätigkeitsfelder, die privatisiert wurden, wieder renationalisieren. Dabei haben solche Aktivitäten Priorität, die nun von gewinnorientierten Firmen durchgeführt werden. In vielen Fällen kann eine solche Veränderung geschehen, wenn vertragliche Vereinbarungen auslaufen. In anderen Fällen muss eine schrittweise Veränderung erfolgen und ein allmählicher Wiederaufbau öffentlicher Kompetenz.

Unsere Strategie schließt ebenfalls verschiedene Vorschläge für gemeinschaftlich finanzierte Fonds ein. Über ihr akkumuliertes Pensionskapital gehört den Arbeitnehmern der Welt ein Eigentum, das den Wert der drei größten Börsen der Welt übertrifft. Aber sie haben nicht die Macht über dieses Eigentum. Wir unterstützen gewerkschaftliche Rentenfonds, wo die Gewerkschaftsbewegung ein gemeinsames Management der Ersparnisse ihrer Mitglieder organisiert. Wir wollen, dass die AP-Fonds mehr aktiviert werden. Wir können uns neue gesellschaftliche Fonds vorstellen, die aus Haushaltsüberschüssen gebildet werden, und wir können uns neue regionale Fonds vorstellen, die zum Beispiel aus Gewinnen der Wasserkraft entstehen. Darüber hinaus wollen wir eine Debatte über internationale Initiativen für gesellschaftliche Fonds initiieren, die Großkonzerne betrifft.

Unsere Strategie schließt eine Unterstützung der Bewegung der Kooperativen und unabhängigen Sparkassen ein. Wir unterstützen auch die Bewe-

gung der neuen Kooperativen und selbstverwalteten Firmen, die Alternativen und Gegengewichte zu kapitalistischen Produktionsformen sind. Wir unterstützen ebenso den Aufbau einer Volksbank, von gemeinschaftlichen Lebensformen und kollektiven Mieterrechten. Wir wollen eine gesetzliche Regelung, welche die Bildung von Sozialkooperativen erleichtert.

Die Zeit ist gekommen, um die Fragen nach Macht und Eigentum auf die Agenda zu setzen! Wir haben nicht alle Antworten, aber einige Vorschläge und einen Beitrag zur Debatte.

Das Dokument „Macht und Eigentum“ wurde vom Vorstand der schwedischen Linkspartei (Vänsterpartiet) im April 2002 verabschiedet. Eine Arbeitsgruppe, die vom Vorstand der Partei ernannt worden war, hatte einen Entwurf des Dokuments erarbeitet, der im März 2002 auf einer Konferenz debattiert wurde. Die Arbeitsgruppe bestand aus vier Autoren, die zur Linkspartei und dem Zentrum für Marxistische Sozialstudien gehören.